

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 18 (1950-1951)
Heft: 10

Artikel: Die internationale Lage und unsere Aussenpolitik
Autor: Salis, J. R. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-758875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE INTERNATIONALE LAGE UND UNSERE AUSSENPOLITIK

Von J. R. von Salis

Die Zeit, die seit dem Abschluß des zweiten Weltkrieges vergangen ist, hat zur Genüge bewiesen, daß zahlreiche Spannungsmomente und Konfliktsherde auf der ganzen Welt übrig geblieben, ja deutlicher und gefährlicher geworden sind, die neue Krisen in den internationalen Beziehungen hervorgerufen haben. Das Krankheitsbild — man kann nicht anders sagen —, das die moderne Menschheit bietet, enthält so bedenkliche Symptome, daß an eine rasche Heilung nicht zu denken, dafür das Auftreten neuer Komplikationen zu befürchten ist. Es kam in früheren Zeiten vor, daß politisch nicht lösbare Konflikte durch einen Krieg entschieden wurden; in diesem Sinne war der Krieg tatsächlich ein Mittel der Politik. Es fällt uns Zeitgenossen auf, wie gering letzten Endes der politische Ertrag von zwei Weltkriegen war, deren Ausgang wohl provisorische Entscheidungen herbeiführte und eine bereits vor 1914 angebahnte Entwicklung beschleunigte, aber deshalb nicht beruhigend wirkte, weil er keine dauerhafte Lösung der Probleme brachte, mit denen die moderne Menschheit ringen muß. Man vergesse nicht, daß bereits der erste Weltkrieg die ersehnte Beruhigung und Stabilität nicht brachte; auch schon seine Dynamik hatte sich nach Waffenstillstand und Friedensschluß der Politik der Nachkriegsjahre mitgeteilt. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber auch diesmal wirken die Kräfte, die im Krieg entfesselt wurden, weiter wie die Wellen eines Erdbebens.

Wir müssen die schweren Erschütterungen, unter denen die Welt seit 1945 leidet, in erster Linie als Nachwirkungen des totalen und Weltkrieges verstehen, der von 1939 bis 1945 gewütet hat. Der zweite Weltkrieg hat wohl zu militärischen Entscheidungen von größter Tragweite geführt; aber die politischen Entscheidungen, die jene sanktionieren würden, stehen noch aus. Man tat nach 1945 den zweiten Schritt vor dem ersten: man glitt in eine Nachkriegszeit hinein, innen- und außenpolitisch, ehe man die Resultate des mörderischen Waffengangs in einem Friedensvertrag erhärtete. So fehlt fast jedes völkerrechtliche Instrument, das für die Beziehungen zwischen den Staaten in dieser Nachkriegszeit eine verbindliche

Grundlage abgeben könnte. Anstatt sich anzunähern, gingen die Standpunkte der Siegermächte immer weiter auseinander. Bis zu den Kapitulationen Deutschlands und Japans, im Mai und im September 1945, hatte die kriegführende Koalition zusammengehalten; keiner der großen Partner hatte, wie das im ersten Weltkrieg zwischen dem revolutionären Rußland und Deutschland der Fall gewesen war, einen Sonderfrieden mit dem gemeinsamen Gegner abgeschlossen; alle haben sich, auch was die Operationsräume in der letzten Phase des Krieges und die im voraus festgelegten Demarkationslinien, die die Besetzungszonen voneinander trennen, betrifft, an die im Laufe des Krieges eingegangenen Vereinbarungen gehalten. Aber das «Ende Feuer» hat die große Koalition des zweiten Weltkrieges nicht überlebt. Die Amerikaner demobilisierten ihre Streitkräfte in kürzester Zeit, um ihren Soldaten die Rückkehr ins Zivilleben ohne Verzug zu gestatten; sie begaben sich dadurch der nötigen Machtmittel, um von gleich zu gleich mit dem russischen Koalitionspartner über die politischen Regelungen zu verhandeln. Die Sowjetrussen benützten ihrerseits die Gelegenheit, um in ihrem Besetzungs- und Einflußgebiet kommunistenfreundliche oder kommunistische Regierungen zu errichten, mit deren Hilfe sie ihre Machtstellung in Ost- und Mitteleuropa, infolge des kommunistischen Sieges in China auch in Ostasien konsolidierten. So hat sich die siegreiche Koalition auseinanderentwickelt, während das Schicksal der beiden wichtigsten und einst mächtigsten Gegner dieser Koalition, Deutschland und Japan, in der Schwebe blieb.

Probleme der Nachkriegszeit

Das Ergebnis des letztvergangenen Weltkrieges kann in einen Satz zusammengefaßt werden: er vernichtete die Machtposition Deutschlands in Europa und die Machtposition Japans in Ostasien und im Pazifik. Auch seine unmittelbaren Folgen können in einem Satz ausgedrückt werden: Sowjetrußland und seine westlichen Verbündeten, vor allem Amerika, konnten sich nicht auf eine gemeinsame Konzeption einigen, die an die Stelle des politischen Vakuums zu treten hätte, die die deutsche Niederlage in Europa und die japanische Niederlage im Fernen Osten hinterlassen haben.

Der Verlauf und die Strategie des zweiten Weltkrieges hat demnach die reale Macht auf der Welt in die Hände von zwei Mächten gelegt, denen nicht nur die besiegten Militärmächte in Mitteleuropa und in Ostasien machtlos, mehr als Objekte denn als Subjekte der großen Politik, gegenüberstehen; er hat auch das

politisch-materielle Gewicht der mit diesen Hauptsiegern des Weltkrieges verbündeten Staaten außerordentlich vermindert. Ein englischer Politiker sagte in meiner Gegenwart: «Wirtschaftlich haben alle europäischen Staaten den Krieg verloren.» Vergessen wir nicht, daß vom Wiener Kongreß bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges — von 1815 bis 1914 — das sogenannte «Europäische Konzert», also die europäischen Großmächte, die große Politik machte; Rußland hatte bereits in diesem europäischen Konzert eine einflußreiche Rolle, aber es war nur eine von sechs Großmächten in Europa. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 1917 zum erstenmal in der Geschichte aktiv in die militärischen und politischen Vorgänge in der Alten Welt eingegriffen. Vergessen wir auch nicht, daß bis 1914 Nordamerika und Rußland Schuldnerstaaten Europas waren, während vor diesem Zeitpunkt England und Frankreich — in geringerem Umfang noch vier oder fünf andere europäische Länder — die Bankiers der Welt waren. Bedenken wir endlich, daß bis 1914 Großbritannien einen Fünftel der Erdoberfläche beherrschte (Rußland bereits einen Sechstel), daß es die Seeherrschaft innehatte und im Welthandel die erste Stelle einnahm. Seither haben sich die europäischen Völker in zwei großen Kriegen gegenseitig zerfleischt, ruiniert und erschöpft. Wir erinnern uns alle der politischen Ansprüche und Ziele Hitlers: er hatte sich eine «Großraumtheorie» zurechtgelegt, mit deren Hilfe er zugunsten Deutschlands die Eroberung, Unterwerfung und Unterordnung großer Teile Europas und des westlichen Rußlands und ihre Zusammenfassung unter der autoritären Führung eines deutschen «Herrenvolkes» forderte. Dieses imperialistische Programm hat ihn fast mit der ganzen Welt in Konflikt gebracht, und außerdem krankte es an der einfachen materiellen Tatsache, daß Deutschland ein zu kleines Land war, um sich auf eine «großräumige» Basis stützen zu können. Ähnliches gilt vom japanischen Imperialismus der 1930er und 40er Jahre. Wenn man schon von «Großräumen» sprechen will, müssen sie auch vorhanden sein; sie sind es nicht in dem national zerklüfteten, staatlich aufgespaltenen, eng gewordenen Europa. Im Rahmen einer Weltpolitik besitzen nur Nordamerika, die Sowjetunion und China territorial und national geschlossene, von gewaltigen Menschenmassen bewohnte, von einem reichen und vielgestaltigen Wirtschaftspotential getragene Staatsgebiete, die eine weitausgreifende Politik ermöglichen. Seit dem Krieg hat man von der «Balkanisierung» Europas reden können, womit nicht nur die friedlose Zersplitterung der Alten Welt angedeutet ist, sondern auch ihre Schwäche und Hilfsbedürftigkeit, die aus ihr ein Feld fremder Machteinflüsse macht.

Die außen- und machtpolitische Betrachtungsweise genügt aber nicht, um die Verlegenheiten und Nöte erschöpfend zu erklären, in denen sich die Welt befindet. Jedermann weiß, daß der Riß, der durch die Welt geht, nicht an Erdteile, Staaten und Nationen gebunden ist. Der ideologische Gegensatz, der Kampf zwischen «Westen» und «Osten», zwischen der «freien» und der «totalitären» Welt steht im Bewußtsein der Mitlebenden im Vordergrund. Die Demarkationslinie, die von der Ostsee bis zur Balkanhalbinsel — um nur von Europa zu sprechen — ursprünglich lediglich die Beendigung des Kriegszustandes und die Abgrenzung der Besetzungszonen bis zum Abschluß der Friedensverträge anzeigen sollte, ist innerhalb einer kurzen Frist zu einer politischen und ideologischen Grenze geworden, die zwei Einflußgebiete, das amerikanische und das russische, und, damit zusammenhängend, zwei entgegengesetzte Auffassungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voneinander trennt. So trat zu dem Ringen der zwei übriggebliebenen Weltmächte um ein neues Weltgleichgewicht das Ringen zwischen zwei gänzlich verschiedenen, ja unversöhnlichen politisch-gesellschaftlichen Konzeptionen, von denen jede ihren Gesetzen folgt und eine bestimmte Dynamik hat.

Es ist ein Unglück für die ganze Menschheit, daß in unserem Jahrhundert politische Ideologien oder Doktrinen mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Unfehlbarkeit und daher mit der Untoleranz auftreten, als ob es sich um religiöse Heilswahrheiten handeln würde. In die politische und soziale Gestaltung menschlich-materieller Verhältnisse werden absolute Maßstäbe hineingetragen, so daß die weltlichen Auseinandersetzungen den Charakter von Religionskriegen anzunehmen drohen. Derjenige, der sich politischen Glaubenssätzen nicht vorbehaltlos unterwirft, der politische Richtlinien nicht diskussionslos befolgt, der die Befehle einer Parteizentrale nicht als objektiv wahr annimmt, ist ein Ungläubiger und daher Verfemter. Als an den «Rencontres Internationales» in Genf im Jahre 1946 ein Diskussionsredner dem Sowjetregime vorwarf, es habe die ursprüngliche Idee der Russischen Revolution verraten, da diese eine soziale und politische Freiheitsbotschaft verkündet habe, antwortete ein ehemaliger hoher Sowjetfunktionär mit der Gegenfrage, ob das Heilige Officium das ursprüngliche Christentum verraten habe. Diese Gegenfrage zeichnete sich durch eine große Offenheit aus, denn das Heilige Officium war jenes geistliche Gericht, das zur Verfolgung und Unterdrückung der Ketzer von der Römischen Kirche eingesetzt, im 12. Jahrhundert ausgebaut und geregelt wurde und in der Geschichte den schlimmen Namen «Inquisition» trägt. Man ist sich also einig, daß die

Kommunistische Partei ein Inquisitionsrecht besitzt und ausübt; die Prozesse gegen prominente Parteimitglieder und andere politische Persönlichkeiten, auch die administrativen und häufig wiederholten «Säuberungen» in den niederen Rängen der Parteimitglieder und der Bevölkerung bestätigen diesen Grundsatz. Man hätte dem kommunistischen Redner in Genf entgegen können, daß es Ketzereien gibt, die um einer «gereinigten» Lehre willen sich gegen die ausschließliche Autorität der höchsten, in Moskau befindlichen Hierarchen und Richter auflehnen oder sie nie anerkannt haben. Es ist eine Tatsache, daß es nicht bloß einen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen bürgerlicher Demokratie und Volksdemokratie in der Welt gibt, sondern daß der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten heutzutage um so erbitterter ist, als es sich um den Bruderkrieg zwischen Parteien handelt, die sich beide auf die sozialistische Gesellschaftslehre berufen und beide Anspruch auf die Führung der Arbeiterklasse erheben. Es ist klar, daß die in den legalen Bahnen des parlamentarischen Regimes und einer freiheitlichen Demokratie vor sich gehende Reformpolitik der britischen Labour-Regierung nach der Auffassung des russisch gelenkten Weltkommunismus weit anstößiger ist als eine rein bürgerliche Politik, weil jene in seinen Augen einen Abfall von der sozialistischen Orthodoxie bedeutet, während diese lediglich eine frühere Entwicklungsstufe darstellt, die früher oder später von der «zwangsläufigen» und «unentrinnbaren» proletarischen Revolution abgelöst werden wird.

Diese ideologischen und theoretischen Aspekte gehören mit zu dem Bild und zu der Dramatik der jetzigen Nachkriegszeit. Man kann nicht mehr Politik und Diplomatie machen wie früher; denn selbst die Außenpolitik stößt sich auf Schritt und Tritt an dieser eigenartigen Verabsolutierung, man möchte fast sagen: Theologisierung der Politik. Nicht nur in Amerika und Westeuropa wird die Unterwerfung ganzer Staaten unter das innen- und außenpolitische Diktat der Sowjetunion und ihrer unerbittlichen Verfolgungssucht als eine neue Form der Aggression oder des Imperialismus empfunden. Die latenten Spannungen zwischen den osteuropäischen Satellitenstaaten und der Moskauer Zentrale, das russische Mißtrauen gegen die ausländischen, besonders gegen die westeuropäischen Kommunisten zeugen dafür, daß selbst von Parteigängern der russische Herrschaftsanspruch zuweilen drückend empfunden wird. An dieser Stelle ereignete sich auch der Bruch zwischen dem kommunistischen Regime Titos in Jugoslawien und der Sowjetunion. Titos Abfall ist in erster Linie ein Protest gegen den Anspruch der Sowjetunion, die kleineren kommunistischen Staaten

und die ausländischen kommunistischen Parteien als ein willenloses Werkzeug sowjetischer Außenpolitik zu gebrauchen; die theoretischen Bedenken und Einwände gegen das innere Regime in Rußland waren erst eine Folge dieser außenpolitischen Emanzipation der jugoslawischen Kommunisten von der russischen Oberherrschaft. Tito selbst definiert seine Politik als einen Kampf um die «Gleichberechtigung der sozialistischen Staaten» und gegen die «reaktionäre Politik des russischen Imperialismus», dem er heute den Angriff auf Finnland und die Annexion der baltischen Staaten zum Vorwurf macht. Der jugoslawische Marschall mahnt die Großmächte, die Rechte der Kleinstaaten zu respektieren.

Rußland und Osteuropa

Wenn man versuchen will, die Stellung und Politik Sowjetrußlands seit Kriegsende zu verstehen, muß man verschiedene Elemente berücksichtigen. Einmal ist durch die Niederschlagung der deutschen und der japanischen Militärmacht Rußland von zwei gefährlichen Gegnern befreit worden, mit denen es mehrmals in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts schwere Kriege auszufechten hatte. Japan hatte 1905 Rußland besiegt, was der vom letzten Zaren im Fernen Osten, namentlich in der Mandschurei und in Nordkorea betriebenen Ausdehnungspolitik ein Ende setzte. Die Teilnahme Rußlands am ersten Weltkrieg endete 1917 unglücklich mit Niederlage, Revolution, Separatfrieden, und das bolschewistische Regime mußte sich nach längeren Kämpfen mit der Ablösung Finnlands, der baltischen Staaten, Polens, Bessarabiens und der armenischen Provinzen Kars und Ardahan abfinden. Der Pakt mit Hitler vom August 1939 konnte den deutschen Angriff gegen Rußland nur aufschieben, nicht verhindern. Wir erinnern uns alle der außerordentlich schweren, von den russischen Armeen mit heroischem Mut ausgefochtenen Abwehrkämpfe des letzten Krieges, und wir wissen auch, daß die deutsche Kriegführung und Besetzung in Rußland von furchtbarer Härte war. Die Kriegsmemoiren Churchills enthüllen viele aufschlußreiche Einzelheiten über die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Alliierten und dem östlichen Verbündeten und über dessen unablässiges Drängen auf Errichtung einer zweiten Front in Westeuropa. Die Russen trugen im Erdkrieg die Hauptlast des Krieges von 1941 bis 1944, ähnlich wie im ersten Weltkrieg die Franzosen die Hauptlast des Krieges an ihrer Heimatfront tragen mußten; Stalingrad hatte eine ähnliche Bedeutung wie einst Verdun. Es ist kein Zweifel möglich,

daß nach dem zweiten Weltkrieg Rußland gegenüber Deutschland eine ähnliche Politik aus ähnlichen Gründen befolgt, wie Frankreich nach dem ersten Weltkrieg: eine Politik der Sicherheit, und daher eine Politik, die einer Auferstehung des deutschen Nationalismus und einer deutschen Militärmacht vorbeugen will. Der frühere britische Außenminister Anthony Eden schreibt in einem am 12. Januar dieses Jahres veröffentlichten Artikel: «Wenn man von der sattem bekannten kommunistischen Propaganda absieht, stößt man auf ein Gefühl, das meiner Ansicht nach echt ist. Die Russen fürchten die Wiederbewaffnung Deutschlands. Sie haben nicht vergessen und werden es noch für mindestens eine Generation nicht vergessen, daß deutsche Truppen vor wenigen Jahren vierzig Meilen vor Moskau standen. Auch ich kann mich erinnern, wie tief sie diese Bedrohung empfanden, denn ich war damals selbst in Moskau. Mag noch so viel Obskures, Verdrehtes und Hinterlistiges in den Ergüssen der russischen Presse und des russischen Radios liegen, es bleibt in dieser Sache ein harter Kern Realität.» Diese Formulierungen stammen aus der Feder eines der namhaftesten konservativen Politiker Englands. Zu seinen beiden Feststellungen, derjenigen, daß ein echter Kern in der russischen Furcht vor einer Aufrüstung Deutschlands liegt, und derjenigen, daß viel Verdrehtes in den propagandistischen Formulierungen der russischen Publizistik liegt, lieferte wenige Tage nach Edens Artikel ein vom russischen Radio verbreiteter Artikel der «Prawda» folgende Illustration: «Die Gefahr einer Wiedergeburt eines deutschen Vergeltungsimperialismus», schrieb das Moskauer Organ, «macht den Kampf der friedlichen Völker gegen die verbrecherischen Ziele und die Machenschaften der Anstifter für einen neuen Krieg zu einer dringenden Aufgabe.»

Zu der Gestaltung der Verhältnisse in Ost- und Mitteleuropa ist zu sagen, daß sie durch den Ausgang des Krieges, durch die Potsdamer Beschlüsse vom 1. August 1945 und durch die seither durchgeführten Aktionen weitgehend präjudiziert worden sind. Auch hier wurde der zweite Schritt vor dem ersten getan, denn es ist schwer zu sagen, was ein Friedensvertrag — sofern sich die vier ehemaligen verbündeten Großmächte auf einen solchen einigen sollten — an der vorhandenen Lage ändern könnte. General Eisenhower hat in seinen Kriegsmemoiren dargestellt, wie er sich bei den abschließenden militärischen Operationen im Frühjahr 1945 an die Verabredungen von Jalta gehalten und die den Russen zugewiesenen Operationsbasen in Böhmen und Norddeutschland respektiert habe, wie er dann seine Truppen nach der deutschen Kapitulation hinter die vereinbarte Demarkationslinie zurückge-

zogen habe, während ihrerseits die westlichen Verbündeten mit ihren Kontingenten in das von den Russen eroberte Berlin einziehen konnten. Ähnliches geschah in Oesterreich in bezug auf die Zoneneinteilung und die Viermächtekontrolle in Wien. Die vieldiskutierten Abkommen von Jalta und Potsdam sind unter dem Druck der militärischen Lage zustandgekommen: ein großer Teil der amerikanischen und auch britischen Kräfte waren durch den schweren und weitausgedehnten Krieg gegen Japan gebunden, zu dessen endgültiger Niederwerfung die amerikanische Generalität auf die Teilnahme Rußlands an diesem Krieg drängte; den Preis dafür ließ sich Rußland, das seit 1941 den größten Teil der deutschen Streitkräfte im Osten gebunden, in Stalingrad geschlagen und bis Wien und Berlin in schweren Kämpfen verfolgt hatte, in Osteuropa bezahlen. Man muß sich auch über den Zusammenhang zwischen den Potsdamer Beschlüssen über die Oder-Neiße-Grenze und dem Verhältnis Polens und der Tschechoslowakei zur Sowjetunion im klaren sein. Mit der Zustimmung Stalins, Trumans und Attlees wurden Polen und die Tschechoslowakei ermächtigt, die Deutschen aus allen Gebieten bis zur Oder und Neiße und aus Böhmen und Mähren auszusiedeln. Auch die andern osteuropäischen Staaten konnten in der Folge die sogenannten «Volksdeutschen» ausschaffen. Es war eine furchtbare Umkehrung der törichten und abenteuerlichen «Heim-ins-Reich»-Politik Hitlers, der auch den alldeutschen oder pangermanistischen Begriff der «Volksdeutschen», das heißt deutschsprachiger Bevölkerungen außerhalb der deutschen Staatsgrenzen, als ein Mittel der Ausdehnungs- und Eroberungspolitik verwendet hatte. Die Abtretung ostdeutscher Provinzen an Polen wurde in Potsdam als eine Kompensation für die Abtretung der ehemals ostpolnischen Provinzen samt Ostgalizien an die Sowjetunion gerechtfertigt. Man kann daraus zwei Schlüsse ziehen:

1. hat Stalin auf die beiden westslawischen Staaten Polen und Tschechoslowakei gesetzt, indem er sie als Länder mit rein slawischer Bevölkerung und günstigen Grenzen gegenüber Deutschland konstituierte;
2. konnten seither diese beiden Staaten nur in enger außenpolitischer Anlehnung an Rußland, aus der dann eine innenpolitische Angleichung wurde, bestehen, da sie im Falle eines deutschen Erstarkens und einer deutschen Revanchepolitik sich nur mit der Hilfe der Sowjetunion und ihrer Militärkraft verteidigen könnten.

Für die politischen Führer Polens und der Tschechoslowakei, auch für den verstorbenen Präsidenten Benesch, war unmittelbar

nach dem Kriege auch die bittere Erfahrung maßgebend, daß 1938 und 1939 ihre Bündnisse mit den Westmächten Frankreich und England ihnen gegen die Aggression Hitler-Deutschlands nichts genützt hatten. Auf russischer Seite hielt man nur solche Verbündete für absolut zuverlässig, die sich ein kommunistisches, der Kominform angeschlossenes Regime gaben, weshalb Moskau nicht ruhte, ehe in Warschau und Prag derartige Regimes aufgerichtet waren. Man erinnert sich vielleicht noch an die Zurechtweisung, die sich kurz nach der Wiederherstellung der tschechoslowakischen Unabhängigkeit der Außenminister Jan Masaryk von russischer Seite gefallen lassen mußte, als sein Ausspruch, die Tschechoslowakei bilde eine Brücke zwischen Westen und Osten, als «unrealistisch» und den neuen politischen Gegebenheiten nicht entsprechend von Moskau getadelt wurde. Im Balkan ereignete sich etwas Ähnliches, als der kommunistische Führer Bulgariens, Georg Dimitrow, für den von ihm propagierten Plan einer Balkan-Föderation Abbitte leisten mußte. Autonome Gebilde und selbständige Regungen im russischen Machtbereich in Osteuropa werden von der Sowjetpolitik nicht geduldet — womit man wieder auf die Ursache der jugoslawischen Revolte stößt. Nicht um eine Brücke oder eine Zwischenzone handelt es sich in Osteuropa, sondern um einen Sicherheitsgürtel mit einem gestaffelten System von Glacis, den Sowjetrußland seiner Westgrenze vorgelegt hat.

Einige historische Hinweise, die die jüngste Entwicklung zwar nicht rechtfertigen, aber auf ihre tieferen Ursachen hinweisen, drängen sich hier auf. Als Bismarck im Jahre 1879 mit dem österreichisch-ungarischen Außenminister Andrassy den Zweibund gegen Rußland abschloß, der die beiden Zentralmächte bis zu ihrer Niederlage von 1918 aneinanderkettete, berichtete der französische Botschafter in Berlin, de Saint-Vallier, der übrigens bei Bismarck persona grata war, an seine Regierung, daß Bismarck auf weite Sicht den großen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum, den Zusammenstoß der beiden Rassen und Reiche an der Weichselinie und auf dem Balkan für unvermeidlich halte. Zu diesem Kampf ist es in unserem Jahrhundert zweimal gekommen. Das erstemal blieb der Kampf mehr oder weniger unentschieden, und zwischen dem Einflußbereich Deutschlands und demjenigen des nunmehr revolutionären Rußland entstand ein Gürtel von Pufferstaaten, der sich von Finnland im Norden bis Rumänien im Süden erstreckte. Der Versailler Vertrag, das heißt die Westmächte, errichteten den berühmten «cordon sanitaire», bestehend aus Polen, der Kleinen Entente und der Balkan-Entente, gegen das kommunistische Rußland. Hitler unterwarf zwanzig Jahre später diese balkanisierte

Welt Osteuropas seinem Dritten Reich, was zwangsläufig zu seinem Krieg gegen die Sowjetunion führte. Seit 1945 beherrscht das siegreiche Rußland Osteuropa von der Mündung der Donau in das Schwarze Meer bis zum Finnischen Meerbusen. Der große Kampf an der Weichsellinie und am Balkan, den Bismarcks Bündnis mit Oesterreich-Ungarn schon 1879 vorausahnen ließ, wurde vom «Germanentum» verloren und von einem kommunistisch umgestalteten «Slawentum» gewonnen, das seinerseits einen «cordon sanitaire» gegen das westliche oder «kapitalistische» Europa errichtet hat.

Churchill erzählt, er habe während seines Aufenthaltes in Moskau, als Stalin gesprächsweise auf die englische Intervention im russischen Bürgerkrieg anspielte, den russischen Kollegen gefragt, ob er ihm seine damalige Interventionspolitik verzeihe; der Dolmetscher habe ihm Stalins Antwort folgendermaßen wiedergegeben: «Premier Stalin sagt, die Vergangenheit gehört Gott.» Man kann sich indessen nicht der Erkenntnis entziehen, daß die Vergangenheit auf dieser Welt fortwirkt; das Mißtrauen zwischen dem bolschewistischen Rußland und Westeuropa ist geblieben. In jüngster Zeit hat die Frage des sogenannten Wehrbeitrages Westdeutschlands an die Atlantische Verteidigung einen Notenwechsel zwischen Moskau einerseits und London und Paris andererseits zur Folge gehabt. Die Sowjetregierung hatte gegen eine deutsche Aufrüstung protestiert und eine solche als eine Verletzung der Freundschaftsverträge bezeichnet, die Rußland 1942 bzw. 1944 mit England und Frankreich abgeschlossen hat (denn, so paradox es heute klingen mag, Rußland ist mit Frankreich und England durch Freundschaftsverträge verbunden). Die britische und die französische Regierung rechtfertigten sich in ihren Antworten mit dem Hinweis auf die von Rußland seit Kriegsende befolgte Politik und auf die militärisch ausgerüstete und geschulte Volkspolizei in der deutschen Sowjetzone. Gleichzeitig aber verwahrten sich die Regierungen in London und Paris ausdrücklich dagegen, daß sie die Absicht hätten oder daß es in Zukunft in Frage kommen könne, aus Westdeutschland eine militärische Angriffsbasis gegen Rußland zu machen. Man stößt also immer wieder, wie man das Problem auch betrachtet, nicht nur auf das tiefe, gegenseitige Mißtrauen, sondern auch auf das Kriegsbündnis zwischen Westen und Osten, auf die gemeinsam herbeigeführte Niederlage Deutschlands, auf die strategischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Es ist für jeden vernünftigen Menschen klar, daß weder England noch Frankreich daran denken, von Deutschland aus eine offensive Politik gegen Rußland zu verfolgen. Damit ist aber auch gesagt, daß die europäischen West-

mächte die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges als solche nicht rückgängig machen wollen, auch wenn sie die Grenzziehung in Ostdeutschland durch die Potsdamer Konferenz für provisorisch und einer Ueberprüfung bedürftig halten mögen. Man kann indessen nichts verschenken, was man nicht hat. Machtmäßig betrachtet hat nur Rußland die Frage der deutschen Grenzziehung im Osten in seiner Hand.

Die Spannung im Fernen Osten

Als Ende Juni des vorigen Jahres der Krieg in Korea begann, sagte Eden im Unterhaus, es werde eine «lange Sache» geben. Die erste Phase des Waffenganges war ungünstig für die amerikanischen und UNO-Truppen; die zweite sah indessen ihren siegreichen Vormarsch, ehe die sensationelle Wendung vom 28. November infolge des Eingreifens größerer chinesischer Verbände zu einem Rückschlag führte. Aus dem Konflikt im Fernen Osten ist eine große Beunruhigung, vielleicht eine Gefährdung des Weltfriedens entstanden. Die im Frühjahr 1945 in San Francisco gegründete Welt-sicherheitsorganisation hat ihre Grundsätze und ihr Prestige in Korea engagiert. Als man vor einigen Jahren die Satzungen und die Bedeutung der UNO-Charta studierte, kam man zum Schluß, daß diese nur so lange funktionieren könne, als die Großmächte, die im Sicherheitsrat einen ständigen Sitz haben und mit dem Veto-recht ausgestattet sind, untereinander einig sind. Leider bestätigen die Ereignisse der letzten Monate diese Ansicht. Man versuchte im vergangenen September, die Verantwortung für Sanktionsmaß-nahmen gegen einen Angreifer vom Sicherheitsrat in die General-versammlung zu verlegen; es stellt sich aber seither als schwierig heraus, bei einem Konflikt mit einer militärischen Großmacht — und das ist das neue China zweifellos — eine Zweidrittelsmehrheit der Versammlung für die Anordnung von wirksamen Gegenmaß-nahmen zu gewinnen.

Die Ansichten über die Tragweite und Bedeutung des Korea-Konfliktes sind geteilt. Im Oktober warnte Churchill davor, die koreanischen und im allgemeinen die fernöstlichen Ereignisse zu überschätzen; sie seien mit der überragenden Wichtigkeit der Lage in Europa nicht zu vergleichen. Wir wollen auch die asiatischen Stimmen nicht überhören; der indische Regierungschef, Pandit Nehru, bezeichnete den chinesischen Bürgerkrieg und seine Ergeb-nisse geradezu als einen Bruch des Weltgleichgewichtes und als eine Verlagerung der großen Machtzusammenballungen von Europa

nach Asien. Die Haltung der asiatischen Staaten und des Britischen Commonwealth, die von derjenigen der Vereinigten Staaten ziemlich stark abweicht, darf nicht übersehen werden. In der gemeinsamen Erklärung der Premierminister des Britischen Commonwealth vom 12. Januar steht der Satz: «Die freie Welt muß jene zu verstehen suchen, die anscheinend nicht mit uns übereinstimmen.» Sogar der liberale «Manchester Guardian» schrieb am 9. Januar in einer Analyse der amerikanischen Außenpolitik, daß eine Nation, die wie die amerikanische aus einer Revolution hervorgegangen sei, blind sei gegenüber der Bedeutung anderer Revolutionen. Auch die konservativsten englischen Kenner Chinas halten dafür, daß an eine Verdrängung des neuen Regimes nicht zu denken ist. Marschall Tito setzte in einem Interview mit der amerikanischen United Press den Punkt auf das I, als er sagte: «Welcher politische Grund auch immer hinter dem Korea-Konflikt stand — der Krieg bedeutet dort den chinesisch-koreanischen Truppen einerseits und den alliierten Truppen andererseits nicht dasselbe. Für die Koreaner stellte die Ankunft der Streitkräfte der Vereinigten Nationen eine Invasion dar. Während McArthur vorrückte, hatte er im Hinterland stets gegen Partisanen zu kämpfen. Nun rücken die Koreaner und Chinesen vor, und sie haben die Zivilbevölkerung nicht gegen, sondern für sich.» Ob das ganz zutrifft, wissen wir nicht; aber das Dilemma hatte beklagenswerte Folgen: auf der einen Seite steht das Prinzip der kollektiven Sicherheit; auf der anderen die Zerstörung Koreas durch das Hin und Her eines erbarmungslosen Krieges. Das chinesische Eingreifen, das in den Beratungen der UNO vom sowjetrussischen Delegierten völlig kompromißlos unterstützt und verteidigt wird, weist auf größere Zusammenhänge hin, die ihrerseits in den Auswirkungen der japanischen Niederlage im zweiten Weltkrieg, des Sieges der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg und der solidarischen Haltung Pekings und Moskaus gegenüber Amerika begründet liegen.

Denn in den letzten Jahren sind auch in Ostasien Entscheidungen gefallen, die umwälzende Folgen hatten. Vier Dinge, scheint mir, können dort nicht rückgängig gemacht werden:

1. die Niederlage Japans von 1945 und ihre Folgen für die Stellung dieses Landes im Fernen Osten;
2. der Machtzuwachs der Sowjetunion im Fernen Osten, wo sie in der Mandschurei, in Port Arthur und Nordkorea den Einfluß wiedergewann, den Rußland vor 1904 innehatte, und außerdem die Insel Sachalin und die Kurileninseln erhielt;
3. der Machtzuwachs der Vereinigten Staaten im Pazifik, wo sie

heute die japanischen Inseln, die Pescadores, Formosa und diejenigen Inselgruppen beherrschen, die Japan 1918 aus der Erbschaft des deutschen Kolonialreiches zugeteilt erhielt;

4. die Aufrichtung der kommunistischen Herrschaft in China, die sich auf eine kriegstüchtige Armee und auf das Bündnis mit der Sowjetunion stützen kann.

Durch das Bündnis des Kommunismus mit dem asiatischen Nationalismus, der vor allem in den ehemaligen «weißen» Kolonialmächten den Feind erblickt, ist auch in den Randstaaten des asiatischen Kontinentes eine große Unsicherheit entstanden; in Malaya kämpfen die Engländer, in Indochina die Franzosen seit längerer Zeit mit kommunistisch-nationalistischen Aufstandsbewegungen. Die nichtkommunistischen Staaten in Asien, wie Indien, Pakistan, Burma, Vietnam usw. machen eine äußerst vorsichtige Politik, nicht nur wegen ihrer militärischen Schwäche im Vorfeld Chinas, sondern auch deshalb, weil sie als unabhängig gewordene Nationalstaaten sich nicht zu sehr mit der Politik der ehemaligen europäischen Kolonialmächte und Amerikas solidarisieren können, wenn sie sich nicht in den Augen des sehr empfindlichen und xenophob gewordenen asiatischen Nationalismus kompromittieren wollen. Indien hat daher nach dem Krieg seinen Neutralitätswillen verkündet. Seither macht es unter Nehrus Führung und nicht ohne englische Sekundantendienste eine Politik, die sich einem gewissen amerikanischen Draufgängertum in Ostasien entgegenstellt und für eine Verständigung mit China plädiert. Es ist klar, daß der alte koloniale Imperialismus des Weißen Mannes in Asien, vom Mittleren bis zum Fernen Osten, abgewirtschaftet hat. Es müssen neue Formen der Beziehungen, wohl hauptsächlich wirtschaftliche, auf uneingeschränkter Gleichberechtigung beruhende, zwischen der Welt des Weißen Mannes und der asiatischen Welt gefunden werden.

Endlich ist auch in Ostasien seit fünf Jahren die japanische Niederlage nicht durch einen Friedensvertrag sanktioniert worden. Wie weit die Ansichten Moskaus und Washingtons über einen solchen Friedensvertrag auseinandergehen, ging aus dem Austausch von Memoranden zwischen dem amerikanischen Staatsdepartement und dem Moskauer Außenministerium über diesen Gegenstand im vergangenen Herbst hervor. Es ergibt sich — ähnlich wie im Fall Deutschland — daraus, daß Rußland keine Erstarkung und Wiederbewaffnung Japans wünscht, daß es die Erwerbung Sachalins und der Kurilen als endgültig betrachtet, die Abtretung der Insel Formosa an China gemäß den Beschlüssen von Kairo von 1943 und den Abzug der amerikanischen Truppen von Japan fordert. Aehn-

lich wie Deutschland in Europa, hätte wahrscheinlich ein wehrlos gemachtes Japan Mühe, sich dem Einfluß der großen russisch-chinesischen Machtzusammenballung in Ostasien zu entziehen. Zweifellos muß man die gegenwärtige, schwere Spannung im Fernen Osten in einem politisch-strategischen Zusammenhang mit der Frage des japanischen Friedensvertrages sehen. Es heißt im Communiqué über die Verhandlungen der Premierminister des Britischen Commonwealth, «daß der baldige Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan eine dringende Notwendigkeit» sei. Es ist bezeichnend, daß z. B. Australien, das strategisch, wie bereits im vergangenen Krieg, auf den Schutz der amerikanischen Flotte angewiesen ist, sich energisch gegen die Remilitarisierung Japans ausspricht. Wenn ihrerseits die Regierung der Volksrepublik China an die Einstellung der Feindseligkeiten in Korea die dreifache Bedingung knüpft, daß sich die fremden Truppen aus Korea zurückziehen, daß Formosa an China ausgeliefert und das neue China in die UNO aufgenommen wird, dann ist auch hier der Zusammenhang mit der künftigen Stellung Japans deutlich sichtbar. Denn Japan annektierte 1895 Formosa und 1905 Korea nach seinen Kriegen mit China bzw. mit Rußland, um sich strategisch zu sichern und gleichzeitig die Ausgangspositionen für seine Expansion auf dem ostasiatischen Festland in seine Hände zu bringen. Wenn diese Außenwerke endgültig fallen, ist einer künftigen japanischen Revanche der Boden entzogen.

Auf die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen in Ostasien und in Europa hat Churchill in seiner Rede vor dem Unterhaus am 30. November des vorigen Jahres hingewiesen, indem er von einem Ablenkungsmanöver sprach. Das chinesisch-russische Zusammengehen könne bedeuten, meinte der alte Staatsmann, daß diese beiden Mächte Amerika und seine europäischen Verbündeten möglichst stark im Fernen Osten zu engagieren trachten, um sie daran zu hindern, ihre Verteidigung in Europa zu organisieren. Das sei eine der ältesten Methoden, die schon in vielen Kriegen angewandt worden sei. In Amerika ist die politische Welt und die Öffentlichkeit, die aus dieser Angelegenheit eine prinzipielle Frage gemacht hat, anscheinend bereit, weitgehende Konsequenzen aus der Intervention Chinas in Korea zu ziehen. Als man in der amerikanischen Presse von einer «partiellen Kriegführung» gegen China zu sprechen begann, hat Premierminister Attlee recht deutlich gesagt, eine partielle Kriegführung gebe es nicht, es gebe nur entweder Krieg oder Frieden. Wie schwierig, fast widerspruchsvoll übrigens die britische Ostasienpolitik geworden ist, erkennt man mit einem Blick, wenn man das Communiqué über die Bespre-

chungen Attlee-Truman und das Communiqué der nachfolgenden Commonwealth-Konferenz nebeneinander hält. England hat die schwierige Aufgabe, sich nicht von seinem amerikanischen Verbündeten zu trennen, auf dessen Solidarität und strategische Unterstützung es angewiesen ist, und die Regierungen der Commonwealth-Staaten nicht vor den Kopf zu stoßen, deren Politik und daher auch diejenige Großbritanniens im Fernen Osten von derjenigen Amerikas stark verschieden ist. Die Commonwealth-Minister dringen auf die Beilegung der Streitfragen in Ostasien. Man sollte bei der Beurteilung des Dramas in Korea nicht voreilige und vereinfachende Schlüsse ziehen, indem man daraus eine Absicht Sowjetrußlands, in Europa zum Kriege zu schreiten, ableitet. Die Probleme Asiens und Europas haben das eine gemein, daß beide Amerika und Rußland entzweien. Während in den europäischen Fragen die britische Solidarität mit Amerika nicht zweifelhaft ist, weicht die britische Haltung in Asien davon ab. Der Wille zur politischen Unabhängigkeit spricht auch aus dem Verzicht Englands auf die Marshall-Hilfe. In England ist man der Ansicht, daß Asien seinen eigenen Gesetzen folgt und gibt man zu verstehen, daß die Amerikaner in Asien Fehler begangen haben; man ist offenbar in London darüber hinaus der Ansicht, daß sich das Schicksal der Welt in Europa, nicht in Asien entscheide.

Amerika, Westeuropa und die deutsche Frage

Gegenwärtig gibt es in Amerika große Auseinandersetzungen über die Außenpolitik. Es ist immer die — unvermeidliche — Schwäche einer Demokratie, daß sich die politischen Diskussionen in aller Öffentlichkeit abspielen und die Entscheidungen der Regierung zu Kritik und neuen Debatten Anlaß geben. Vermutlich dürfte sich in Amerika eine mittlere Linie zwischen dem sogenannten «Globalismus» — einer Politik, die ohne Unterschied allen freien Völkern der Welt Hilfe und Unterstützung in Aussicht stellt — und dem extremen «Isolationismus» des ehemaligen Präsidenten Hoover herausbilden. Der seit den Kongreßwahlen vergrößerte Einfluß der Republikaner, die Ansichten eines Taft, eines J. F. Dulles, eines Stassen und eines Eisenhower, die alle keineswegs einer Bereinigung der Streitfragen mit Rußland auf einer realpolitischen Basis abgeneigt zu sein scheinen, zusammen mit der Erkenntnis, daß in Asien und Europa die vom letzten Krieg übriggebliebene Erschöpfung, Verwirrung und Kriegsmüdigkeit hemmende Faktoren sind, die man nur mit Geduld, Zeit und mehr

Wohlstand überwinden kann, mahnen die Administration des Präsidenten Truman zur Vorsicht. Es wäre indessen völlig verfehlt, die Stärke, sowohl die wirtschaftliche als auch die rasch wachsende militärische, der Amerikaner, desgleichen ihre Entschlossenheit und ihr Selbstbewußtsein zu unterschätzen. Sie fühlen sich den Herausforderungen Rußlands und Chinas gewachsen und wollen nur auf der Grundlage der eigenen Stärke mit der Sowjetregierung verhandeln. Das neue, von Truman angekündigte Rüstungsprogramm, für das Ausgaben in der Höhe von annähernd 200 Milliarden Schweizerfranken vorgesehen sind, die Politik des Atlantikpaktes, die Aufforderung an die europäischen Verbündeten, ihrerseits große Anstrengungen für ihre Wehrhaftmachung zu unternehmen, die Entsendung Eisenhowers zu einer militärischen Aufklärungsreise nach Europa sind Folgen der Ereignisse der letzten sechs Monate. Wer droht und Unruhe stiftet, muß damit rechnen, daß er entsprechende Abwehrkräfte weckt; der Korea-Krieg hat zweifellos den Willen zur Abwehr vor allem in Amerika gestärkt. Wenn die Amerikaner den europäischen Völkern, die so schwer unter dem Krieg zu leiden und ihn mit einer schrecklichen Verarmung und Schwächung zu bezahlen hatten, ihre Zaghaftigkeit vorwerfen, dann darf man sie wohl daran erinnern, daß in den beiden vergangenen Weltkriegen Europa während langer Zeit in der vordersten Reihe stand, kämpfte und Opfer brachte, als Amerika zögerte und seine Neutralität wahrte. Europa wurde in diesen Kriegen schwer geschädigt. Amerika blieb intakt. Es ist natürlich, wenn heute die Initiative, die Opfer und Anstrengungen zuerst von Amerika getragen werden müssen, wenn sie das Vertrauen der Westeuropäer in die Möglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung wecken wollen. Amerika hat die historische Mission, das Rückgrat der westlichen Kulturwelt zu bilden. Die Ziele sind zweifellos bei allen Staaten der Atlantischen Gemeinschaft ähnliche, auch wenn das Tempo verschieden, die Zuversicht nicht von Anfang an die gleiche ist.

Eine Politik mit weitausgreifenden Verpflichtungen braucht zu ihrer Verwirklichung Machtmittel, von denen der Ausbruch des Krieges in Korea der Welt gezeigt hatte, daß sie Amerika noch nicht besaß. Der Vorsprung Amerikas in der Atombombenproduktion und die Stützpunkte, die Amerika im Mittelmeer und dem Vorderen Orient, in der Arktis und am Rande Ostasiens besitzt, bedeuteten allerdings bisher einen wirksamen Schutz der freien Welt. Aber in den sogenannten konventionellen Waffen, auch in der Panzer- und Luftwaffe, besteht nach der Versicherung der Sachverständigen ein großer russischer Vorsprung. Es weiß heute

jedermann, daß, wenn in kurzer Frist in Europa ein Krieg ausbrechen würde, die Streitkräfte der Westmächte nur Rückzugsgefechte liefern und Bombenangriffe durchführen, aber die russische Armee nicht verhindern könnten, durch Deutschland und die Niederlande ans Meer vorzustößen. Günstiger wären in einem solchen Fall vermutlich die Abwehrchancen der Westmächte im Mittelmeergebiet und in Nordafrika. Nach der Ansicht der militärischen Fachleute käme im Kriegsfall für die amerikanische Armee nicht eine Strategie in Frage, die mit großen Truppenmassen den Durchbruch durch die westlichen Verteidigungsstellungen Rußlands und den Marsch in die Weiten dieses riesigen Landes versuchen würde. Es müßten andere Mittel angewendet werden, die vor allem die Zerstörung von Nachschub- und Verkehrswegen und von russischen Produktionszentren zum Ziele hätten. Im Fall einer russischen Besetzung Westeuropas wären zweifellos auch dessen Industriewerkstätten schweren Luftbombardierungen ausgesetzt.

Es ist mit einem Wort sicher, daß ein baldiger Krieg für beide Teile ein großes Risiko bedeuten und große Verluste an Gut und Blut im Gefolge haben würde, und daß sein Ausgang zweifelhaft wäre. Wir leben in einem sehr harten Zeitalter, in dem angesichts der furchtbaren Zerstörungen, die ein moderner Krieg verursacht, die einzige Hoffnung darin besteht, daß selbst von den größten und stärksten Mächten das Risiko eines neuen Krieges so stark empfunden wird und ihren Regierungen so große Hemmungen auferlegt, daß sie den Willen zum Krieg nicht aufbringen. General Eisenhower hat seine Tournee in Europa mit den Worten eingeleitet: «Unsere Aufgabe besteht in der Erhaltung des Friedens, nicht in der Hetze zu einem Krieg.» Außenminister Wyschinski verließ vor einigen Wochen Amerika mit der Bemerkung: «Ich gehe mit Präsident Truman einig, daß der Krieg nicht unvermeidlich ist... Kein ehrlicher und vernünftiger Mensch wünscht den Krieg.» Trygve Lie sagte an Weihnachten in seiner norwegischen Heimat am Radio, die Krise wegen Berlin in den Jahren 1948 und 1949 sei «noch gefährlicher» gewesen als die gegenwärtige Krise. Marschall Tito meinte in dem bereits erwähnten Interview, der Krieg sei nicht unvermeidlich, es bestehe immer die Möglichkeit, den Frieden zu retten, wenn auch heute die Lage sehr kritisch sei. Mit seinem gewohnten Freimut erklärte Churchill, als bereits der Rückschlag in Korea eingetreten war, im Unterhaus: «Ein großer russischer Angriff in Europa in absehbarer Zeit ist unwahrscheinlich»; er gründe seine Hoffnung, daß man eine Atempause haben werde, darauf, daß selbst eine Beschleunigung der

westlichen Aufrüstung nicht imstande sein werde, den russischen Vorsprung in der Zeit von zwei Jahren einzuholen. «All das kann eine Illusion sein», schloß der ehemalige Kriegspremier; «die Tatsachen mögen mich verhöhnen; aber es ist meine Arbeitshypothese.»

Auf dieser Arbeitshypothese gründen auch die Vorverhandlungen zwischen den drei Westmächten und der Sowjetregierung, die eine Einberufung des durch das Potsdamer Abkommen von 1945 eingesetzten Rates der vier Außenminister zum Ziele haben. Es ist besser, daß selbst lange verhandelt, mühsam verhandelt und nur mit halbem Erfolg verhandelt wird, als daß alle Drähte zerreißen. Die Sowjetregierung machte die Anregung, daß an dieser Konferenz die «Demilitarisierung» Deutschlands und die Frage der deutschen Einheit auf der Grundlage der Prager Kominformbeschlüsse vom letzten Oktober behandelt werden solle. Die Westmächte möchten einmal die Traktandenliste in dem Sinne erweitern, daß sie eine Diskussion über die allgemeinen Ursachen der Unruhe und Unsicherheit in der Welt ermöglichen würde, außerdem lehnen sie die kommunistischen Prager Richtlinien als Diskussionsgrundlage ab. Moskau ließ daraufhin den Faden nicht abreißen, und die Diskussion geht weiter.

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Frage die härteste Nuß in der heutigen internationalen Politik ist. Die extreme Stärke Deutschlands führte in unserem Jahrhundert zu zwei Weltkriegen. Die äußerste Schwäche Deutschlands stellt heute fast unlösbare politische Probleme. Man sollte bei der Beurteilung der Deutschen im Ausland vorsichtiger, geduldiger und verständnisvoller sein, als dies oft geschieht. Sie leiden unter den Folgen des dreifachen Traumas des Hitler-Regimes, des Krieges und der fremden Besetzung. Die deutsche Jugend bis zu 25 Jahren hat nie normale Verhältnisse gekannt. Der Sinn für Staatsbürgerlichkeit und Demokratie, das heißt für Mitverantwortung des Einzelnen an den öffentlichen Angelegenheiten, hat in einem Land, dessen öffentliche Ordnung fast immer auf Führung, Befehl und Unterordnung beruhte, junge und noch schwache Wurzeln. Zwischen dem Verbot zu fraternisieren und dem Angebot eines Bündnisses durch die ehemaligen Kriegsgegner liegen nur fünf Jahre; zwischen der Politik der gänzlichen Demilitarisierung und Fabrikdemontierung und der Forderung nach einem deutschen Wehrbeitrag an die Atlantische Verteidigung eine noch kürzere Zeit. Freilich ist den Westmächten nichts so sehr zugute gekommen, wie die von den Russen in der deutschen Ostzone durchgeführte Politik der Sowjetisierung und die kommunistische Diktatur der ostdeutschen Machthaber. Be-

reits Hitler bedeutete eine ungewollte Schule der Demokratie; das Ostzonenregime setzt diesen Unterricht fort und verstärkt ihn, indem es die Deutschen auf die einfache Wahrheit stößt, daß nur politische Freiheit, das Recht der Kritik, freie Wahlen und eine selbstgewählte Regierung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Leben jene Sicherheit vor Willkür und jene Garantie der elementarsten Menschenrechte zu gewähren vermögen, ohne die das Leben einer Kulturnation nicht lebenswert ist. Daß gerade in ehemals nationalistischen deutschen Kreisen der Kommunismus sowjetischer Prägung mit seiner hierarchischen Ordnung, seiner Befehlsgewalt und Disziplin einen gewissen Anklang findet, kann nicht wundernehmen; für solche Leute ist ein Diktaturregime und eine starke Polizei verständlicher als der westeuropäische Parlamentarismus oder als ein amerikanischer Präsident. Aber es sollte doch nicht vergessen werden, daß selbst zur Zeit von Hitlers Machtergreifung nicht einmal die Hälfte der deutschen Wähler nationalsozialistisch stimmte, und daß seither gebrannte Kinder das Feuer zu fürchten gelernt haben. Im übrigen ist gar kein Zweifel möglich, daß die Deutschen keine Remilitarisierung wünschen und daß ihnen die Wiedervereinigung des in zwei Stücke gerissenen Deutschland ein innerstes Anliegen ist. Das Ostzonen-Regime hat es indessen fertiggebracht, daß eine solche Wiedervereinigung Deutschlands, die die Errichtung einer kommunistischen Volksdemokratie bedeuten würde, von den meisten Deutschen abgelehnt wird; die Angst vor Rußland hat es auch fertiggebracht, daß trotz allem Schimpfen auf die Alliierten und ihr Besatzungsregime bei allen politischen Parteien Westdeutschlands — mit Ausnahme der Kommunisten — die Einsicht reift, daß eine gedeihliche Entwicklung Deutschlands nur möglich ist, wenn dieses Land nicht zu einem Satellitenstaat der Sowjetunion herabgedrückt wird. Zweifellos hat die Theorie einer neutralen Stellung Deutschlands zwischen Westen und Osten großen Anklang bei den Deutschen gefunden; da sie sich mehr als andere Völker in der Politik von Gefühlsregungen leiten lassen, lehnen sie innerlich ein Bündnis mit früheren Feindmächten ab. Daß aber Deutschland nach dem verlorenen Krieg ohne eigene Armee und nach dem Verlust des Bollwerks der Ostprovinzen nicht stark genug wäre, um ohne Anlehnung an eine europäische oder atlantische Mächtegruppierung seine Unabhängigkeit erhalten zu können, liegt auf der Hand. Vielleicht hat, auf weite Sicht, die Idee eines europäischen Bundes die Zukunft für sich; heute ist Europa allein dazu noch nicht stark genug.

Die russische Politik gegenüber Deutschland ist von der

«Prawda» dahin formuliert worden, mit Deutschland müsse ohne Verzug ein Friedensvertrag abgeschlossen werden; dieser Vertrag müsse die deutsche Einheit wiederherstellen, worauf die Besetzungstruppen binnen einem Jahr zurückgezogen werden müßten. «Die Politik der Sowjetunion gegen Deutschland», habe Stalin gesagt, «kann in den Worten Demilitarisierung und Demokratisierung zusammengefaßt werden. Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands bilden eine wesentliche Voraussetzung für einen festen und dauerhaften Frieden.» Wenn die Worte deutsche Einheit, Demilitarisierung und Demokratisierung im Westen und im Osten den gleichen Sinn hätten, wäre eine Einigung über das deutsche Problem zwischen den ehemaligen Siegermächten nicht allzu schwierig. Wenn es sich dabei jedoch um eine Volksdemokratie nach sowjetischer Auffassung handelt, würde die deutsche Einheit eine Einverleibung auch West- und Süddeutschlands in den russischen Machtbereich zur Folge haben, ohne daß die Gegenwart russischer Truppen auf deutschem Boden zur Beschleunigung dieses Vorgangs nötig wäre. Wenn aber die Demokratisierung nach dem üblichen Sprachgebrauch, das heißt mit freien Wahlen, auch in Ostdeutschland durchgeführt würde, hätte sie den Sturz des Pieck-Grotewohl-Regimes zur Folge, was Rußland eine Anlehnung ganz Deutschlands an den Westen und den Beginn einer deutschen Revisions- und Revanchepolitik gegen den Osten befürchten läßt. Die Frage der Remilitarisierung allerdings ist ein Problem für sich, über das man in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann; wenn beide Mächtigkeitsgruppen in ihren Einfluß- und Besetzungszonen deutsche Truppen aufzustellen beginnen, ist nicht recht abzusehen, wie die Dinge später noch friedlich gelöst werden können. Es braucht keine Prophetengabe, um von einer vorzeitigen Bewaffnung Westdeutschlands ähnliche Wirkungen zu erwarten, wie vom Ueberschreiten des 38. Breitengrads in Korea. Das mag der wichtigste Grund sein, warum General Eisenhower in seinen Rechenschaftsberichten über seine Europa-Tournee die Frage des deutschen «Wehrbeitrages» ausdrücklich zurückgestellt (übrigens auch Spaniens nicht gedacht) hat; Washington will die Türe zu einer Verständigung mit Rußland nicht zuschlagen. Das Widerstreben der Deutschen gegen eine Remilitarisierung läßt es außerdem geboten erscheinen, diese Frage zurückzustellen; allerdings dient die deutsche Haltung in dieser Frage ungewollt nicht nur deutschen Interessen. Wie dem auch sei: die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, seines politischen Regimes, seines Schutzes durch eigene Polizei- oder Milizorgane, seiner Räumung durch die alliierten Besetzungstruppen, vielleicht der Garantie-

zung seiner Grenzen durch die Großmächte, bilden, wenn sich die Dinge in Europa friedlich entwickeln sollen, die Hauptpunkte eines Friedensvertrages und daher der kommenden Beratungen des Außenministerrates. Ich hielte es für ebenso falsch, solche Verhandlungen als völlig aussichtslos hinzustellen, wie es leichtsinnig wäre, ihnen einen glatten Verlauf vorauszusagen. Wenn beide Mächtegruppen den Krieg in Europa wirklich verhindern wollen, dann bleibt ihnen allerdings nicht viel anderes übrig, als sich zu einem Kompromiß über die deutsche Frage zu bequemen. Denn ob eine dauernde Zweiteilung Deutschlands, wobei die westliche Hälfte im amerikanisch-westeuropäischen, die östliche Hälfte im russischen Machtbereich als Verbündete von zwei rivalisierenden Machtblöcken groß und stark würden, möglich wäre, ohne daß daraus in ziemlich kurzer Frist ein Krieg entstehen würde, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Die Stellung der Schweiz

Es ist vielleicht richtiger, wenn man über die schweizerische Außenpolitik im internationalen Spannungsfeld nicht allzu viele Worte verliert. Auf die beiden großen Fragen der Gegenwarts politik: 1. ob es möglich sei, daß Amerika und Rußland auf der Welt im Frieden miteinander leben können; 2. ob es möglich sei, daß die zwei gegensätzlichen Systeme, das parlamentarisch-demokratische des Westens und das kommunistisch-«volksdemokratische» des Ostens auf die Dauer im Frieden miteinander leben können, vermögen wir keine Antwort zu geben. Wir wissen nur, daß durch diese Gegensätze große Spannungen entstanden sind, daß die friedliche, diplomatische Lösung der Streitfragen zunehmende Schwierigkeiten bereitet, so daß neue, weltweite Konflikte möglich erscheinen. Wir haben aber auch den Eindruck, daß die Friedenskräfte in der Welt sehr groß sind. Der österreichische Außenminister Dr. Gruber sagte vor einigen Wochen in einem Vortrag in Zürich, daß in unserer Zeit Zwischenfälle nicht mehr einen Krieg auszulösen vermögen; ein Krieg breche nur aus, wenn der Wille zum Krieg bei den Regierungen vorhanden sei. Solange ein solcher Wille zum Krieg nicht festgestellt werden könne, da auch das reale Interesse an einem Krieg auf keiner Seite vorhanden sei, möge man sich nicht von Furcht befallen lassen. Vor allem möge man nicht durch Kriegsangst das wirtschaftliche Leben und die Arbeit stören lassen. Wichtig sei, innerlich stark und entschlossen zu bleiben, keine Zeichen von Schwäche zu geben, nichts

zu tun, was darauf deuten könnte, als ob man eine Rückversicherung für den Fall eines Erfolges der Aggression eingehen wolle.

Unser Land steht unter dem Gesetz seiner Zugehörigkeit zu einer Staatsform und zu einer christlich und sittlich fundierten Auffassung des gesellschaftlichen Lebens, das wir am besten mit den Ausdrücken Gewissensfreiheit und genossenschaftliche Demokratie bezeichnen. Wir vermögen in unserem Staatswesen nur eine Regierung als rechtmäßig anzuerkennen, die dem Willen der Mehrheit entspricht und die öffentlichen Geschäfte zum Wohle des Ganzen führt. Die föderalistische Struktur und die Kleinstaatlichkeit erleichtern dem einzelnen Staatsbürger die Mitverantwortung, die direkte Demokratie die Mitwirkung an der Regierung des Landes. Wir sind auch der Ansicht, daß innere Spannungen, namentlich solche wirtschaftlicher und sozialer Art, auf dem Wege des freiwilligen Ausgleichs und der Gesetzgebung gelöst werden müssen. Wahre Demokratie erspart einem freien Land Revolutionen, wenn diese ihm nicht gegen seinen Willen von außen aufgezwungen werden.

Die Schweiz steht aber auch unter dem außenpolitischen Gesetz der immerwährenden Neutralität. Sie hat uns geschützt, weil wir sie immer geschützt haben. Sie hat uns auch deshalb geschützt, weil wir gegenüber dem Ausland keinen Zweifel daran aufkommen ließen, daß wir an ihr festzuhalten gedenken und sie im Notfall verteidigen würden. Sie hat uns auch gestattet, jeder Art von Bündnispolitik abzusagen und jeder Parteinahme zwischen antagonistischen Bündnissystemen zu entsagen. Es muß betont werden, daß unsere Wehrbereitschaft in keinem Zusammenhang mit den militärischen Rüstungen und Verabredungen fremder Mächtegruppierungen steht. Es ist kein Zweifel, daß es Widersprüche zwischen der Staatsmaxime der Neutralität und den politischen Sympathien der einzelnen Staatsbürger gibt. Die großen Machtpolitiker, mögen sie Napoleon, Bismarck, Hitler oder Stalin heißen, waren Aufwühler der modernen Menschheit, deren Treiben uns nicht im Innersten zu erschüttern vermochte. Die Demokratien, die die Rechte des einzelnen Bürgers schützen, die Freiheit und Verschiedenartigkeit der Menschheit anerkennen, verschiedene Parteien und Ansichten dulden, die Willkür der Regierenden verhindern, finden bei uns begreiflicherweise mehr Sympathie. Aber es kann auf keinen Fall unsere Aufgabe sein, in die Glut internationaler Verfeindungen zu blasen oder anderen Völkern Vorschriften zu machen, wie sie sich in konkreten Fragen zu verhalten haben; der leidige schweizerische Schulmeister hat sich darin manches Stücklein geleistet, das besser unterblieben wäre. Schon

Spitteler hat in seiner berühmten Rede von 1914 über «Unseren Schweizer Standpunkt» seinen Landsleuten Bescheidenheit gepredigt, besonders wenn es um die Beurteilung fremder Verhältnisse und um die Leiden anderer Völker geht. Wir haben wohl in der Schweiz einen ausgezeichneten Beobachtungsposten; unsere an der großen Politik unbeteiligte Stellung versetzt uns auch in die Lage, die Dinge vielleicht etwas kaltblütiger, etwas objektiver, etwas freier von Gefühlsregungen beurteilen zu können, als dies von den Nächstbeteiligten erwartet werden kann. Das ist nicht mit Utopismus oder Illusionspolitik zu verwechseln, für die unser nüchterner und konservativer Volksschlag nie viel übrig hatte. Es gibt auch ausländische Kritiken an unserem Verhalten, und wir werden sie ehrlich prüfen. So hat der bedeutende französische Soziologe André Siegfried seinem ausgezeichneten Buch über die schweizerische Demokratie den Ausspruch La Rochefoucaulds als Motto mitgegeben: «C'est une grande folie de vouloir être sage tout seul.» Es ist zweifellos eher unsere Schwäche, zu wenig Verständnis für Vorgänge in fremden Ländern aufzubringen, als daß wir zu viel für politische und ideologische Strömungen des Auslandes übrig hätten. Aber schließlich müssen wir doch die Bedürfnisse unserer Innen- und Außenpolitik selbst am besten kennen.

Zwei Dinge sind klar: unsere Unversehrtheit hängt weitgehend von dem guten Willen fremder Staaten ab, unsere bewaffnete Neutralität in Kriegszeiten zu respektieren; unsere wirtschaftliche Existenz hängt weitgehend vom guten Willen fremder Staaten ab, mit uns in zivilisierten Formen Handel zu treiben, damit wir gegen unsere Exportgüter Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Ausland beziehen können. Ganz allein auf sich kann kein Staat, auch nicht der größte, bestehen. Wir sind gerade als Klein- und Binnenstaat, als ein Gemeinwesen, für das der Außenhandel eine Lebensfrage ist, sehr daran interessiert, daß die großen politisch-moralischen Kräfte in der Welt zunehmen; denn ohne ein gewisses Maß von internationaler Duldung und Solidarität werden Staaten und Völker bloß zur Beute Mächtigerer und Rücksichtsloserer. Kleinstaaten haben fast nichts als ihr gutes Recht für sich. Deshalb liegt ihnen an der Wirksamkeit völkerrechtlicher Ordnungen besonders viel.

Es ist möglich, daß für uns wieder schwierigere Zeiten kommen, und darauf müssen wir uns nicht nur militärisch und politisch, sondern auch seelisch vorbereiten. Es gibt bei uns ein In-den-Tag-hinein-Leben, eine Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit, die viel verbreiteter sind, als man glaubt, und kaum weniger schlimm sind, als jene Mitbürger, die, von Panik ergriffen, samt ihrem Geld

auswandern oder schon ausgewandert sind. Denn auch das ist vorgekommen. Es ist nötig, daß man zu seiner Heimat und allem, was sie für uns bedeutet, auch als Mensch und Bürger und vor allem in gefährlichen Zeiten steht. Mit bloßer Schlaueit oder bloßem Bedachtsein auf das eigene Durchschlüpfen rettet man kein Land und letzten Endes auch nicht sich selbst. Wir müssen bedenken, daß unsere militärische Bereitschaft, unsere Vorräte, unser Wille zur Neutralität nicht alles sind. Menschliche Solidarität gegenüber fremden Leiden, gesteigerte Hilfsbereitschaft auch und gerade dann, wenn die Zeiten gefährlich und Entbehrungen nötig werden, sind eine um so dringendere Pflicht, wenn man politisch zum Stillesitzen entschlossen ist. Wir schützen nicht nur das Weiße, sondern auch das Rote Kreuz.

Wir müssen uns vor allem auch darüber klar sein, daß das Vermeiden eines Krieges, sei es eines allgemeinen, sei es eines solchen, in dessen Strudel wir gerissen würden, keineswegs bedeuten muß, daß uns in Zukunft alle Schwierigkeiten erspart bleiben werden. Das Auf-sich-selbst-gestellt-Sein, der Verzicht auf Bundesgenossen, hat auch seine Risiken. Wir werden uns vielleicht wirtschaftlich und außenpolitisch noch sehr für die unabhängige Existenz unseres Landes und für unsere Lebensart wehren müssen, ohne daß ein Schuß zu fallen braucht. Die heutige Ordnung in Europa ist ein Provisorium, das für uns eher günstig ist. Es könnten andere Ordnungen kommen, die uns in viel größere Verlegenheiten oder Bedrängnisse stürzen könnten.

Allein es ist genug, daß jeder Tag seine Sorge habe. Wachen wir über dem Wohl dieses Landes, damit wir es unseren Kindern mit gutem Gewissen einst anvertrauen können. Seien wir aufgeschlossen dem Neuen, gläubig der Zukunft gegenüber, und seien wir dem Herkommen trotzdem nicht untreu. Was unsere Außenpolitik betrifft, so ist es ein großes Glück, daß im allgemeinen Einigkeit über ihre Grundsätze herrscht in unserem Volk. Sie ist leicht verständlich, aber sie verdient auch, daß man sie als Bollwerk unserer Freiheit unterstütze und an ihr festhalte.